

Herausgeber:  
Referat Kinder, Jugend,  
Familie, Generationen  
Deutscher Caritasverband  
e.V.  
Karlstraße 40  
79104 Freiburg

Sollten Sie Probleme bei  
der Darstellung oder beim  
Drucken des Newsletters  
haben, dann klicken Sie  
bitte [hier](#).

**Infoservice des Referats  
Kinder, Jugend, Familie, Generationen**

*Ein Service für Abonnenten der neuen caritas*

## **Er(he)bliche Kinderarmut in einem reichen Land – in Deutschland nichts Neues!**

### **Kinderarmut in Deutschland steht erneut im Fokus:**

Zuletzt hat sich die Ende Oktober veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), erstellt im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, damit befasst. Sie ist Teil des IAB-Projekts "Lebensumstände von Kindern im unteren Einkommensbereich". Laut dieser aktuellen Studie leben fast 21 Prozent aller Mädchen und Jungen in Deutschland, also circa 2,3 Millionen, dauerhaft oder wiederkehrend in einer Notlage. Weitere zehn Prozent seien kurzzeitig von Armut betroffen. Die Untersuchung thematisiert Bedingungen und Konsequenzen von Kinderarmut in Deutschland. Hierzu wurden die jährliche Einkommenssituation von Familien über fünf Jahre betrachtet und Informationen von 3.180 Heranwachsenden ausgewertet. Schon der Familienreport des Bundesfamilienministeriums bestätigte im September den Anstieg der von Armut bedrohten Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf ein Fünftel (Stand 2015: 19,7 Prozent). Die Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) fordert als Reaktion auf den im Frühjahr 2017 veröffentlichten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: „Armut nicht zu vererben.“ Das Problem ist seit Jahren ausreichend bekannt. Warum wurden noch keine politischen Konsequenzen aus diesen Befunden gezogen? Die Grünen widmeten dem Thema im Bundestagswahlkampf sogar ein Plakat: „Kinderarmut kann man kleinreden oder groß bekämpfen“. Der Abbau von Kinderarmut muss daher endlich oben auf der Agenda der nächsten Bundesregierung stehen.

#### **Wie äußert sich Kinderarmut konkret?**

Laut EU-Definition ist arm, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens (Median) eines Staates verfügt. In Deutschland kann der Studie zufolge auch ein Kind arm sein, welches ein Dach über dem Kopf oder genug zu essen hat, also über die existenzielle Grundversorgung verfügt, jedoch auf vieles verzichten muss, was für andere zum Aufwachsen dazu gehört. Betroffen sind damit nicht nur

Kinder aus Familien im SGB-II-Bezug, sondern auch in sogenannten „prekären Einkommenslagen“. Es handelt sich also um relative Armut. Die Studie ermittelt nach dem Lebenslagenansatz konkret 23 Güter und Aspekte sozialer Teilhabe, die den Familien aus finanziellen Gründen fehlen. Diese Liste umfasst zum Beispiel eine ausreichend große Wohnung, einen internetfähigen Computer, nicht voll erstattungsfähige gesundheitliche Zusatzbehandlungen wie Zahnersatz oder Brillen, aber ebenso die Möglichkeit, monatlich einen Festbetrag zu sparen, ein Kino zu besuchen oder mindestens eine Woche pro Jahr Urlaub zu machen. Kinder in dauerhaften Armutslagen müssen auf durchschnittlich 7,3 der abgefragten Güter; temporär arme Kinder auf 3,4 Güter verzichten. Zum Vergleich: Bei Kindern aus Familien mit dauerhaft sicherem Einkommen fehlen nur 1,3 dieser Güter. Armut schließt Kinder von vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten aus. Wer schon von klein auf arm ist, hat auch in der Schule nachweisbar schlechtere Chancen. Das verringert die Möglichkeit, später ein normales Leben zu führen und kann langfristig Altersarmut zur Folge haben. Zu den geringeren Bildungschancen sowie mangelnder kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe kommen höhere Gesundheits- und Unfallrisiken hinzu.

#### **Wer ist besonders betroffen?**

Arme Kinder haben arme Eltern. Laut Familienreport des Familienministeriums, spielen der Familientyp, die Herkunft und Anzahl der Kinder hier eine Rolle: Am höchsten betroffen sind mit 49 Prozent Kinder aus Migrantenfamilien. 44 Prozent der Kinder aus Alleinerziehenden-Haushalten sind armutsgefährdet; das ist vierfach höher als bei Paarfamilien mit ein bis zwei Kindern. Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern haben noch ein Armutsrisiko von 25 Prozent. Die Bertelsmann-Studie zählt zusätzlich geringqualifizierte Eltern zu den Risikogruppen.

#### **Warum wird Kinderarmut oft zum verfestigten Dauerzustand?**

Erschreckend ist zum einen die Kontinuität: Zwei Drittel der betroffenen Kinder leben, entsprechend dem Untersuchungszeitraum der Studie, mindestens fünf Jahre oder wiederkehrend in einer Armutslage; nur ein Drittel von ihnen erlebt diese temporär. Zum anderen fällt die Resistenz des Negativphänomens trotz guter deutscher Konjunktur auf: Die generelle Armut steigt seit 1991, ungeachtet des anhaltenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit in 2017 auf einen Rekord-Tiefstand (unter 2,5 Millionen), sowie einer gestiegenen Müttererwerbstätigkeit als auch regelmäßigen Erhöhungen von Kindergeld und sonstigen familienpolitischen Leistungen. Das spricht für die These, dass bestimmte Gruppen nicht von der konstant positiven Wirtschaftsentwicklung profitieren und die soziale Ungleichheit zugenommen hat.

#### **Was sind die Ursachen für die hohe Kinderarmut?**

Früheren Analysen von Wohlfahrtsverbänden zufolge hat sich die Kinderarmut hierzulande seit Einführung der sogenannten Hartz-IV-Gesetzgebung Anfang 2005 fast verdoppelt. Bekanntlich reicht die altersabhängig gestaffelte Grundsicherung von aktuell 237 bis 311 Euro für Kinder und Jugendliche in ALG II-Gemeinschaften nicht aus, um deren Bedarfe zu decken. Zudem erhält nur ein Viertel der 2,3 Millionen Trennungskinder den Unterhalt, der ihnen zusteht.

#### **Welche wesentlichen Lösungsansätze sieht die Studie?**

Erstens müssten die Bedarfe und Interessen von Kindern im Sozialgesetzbuch systematisch erfasst werden. Sie dürften nicht als „kleine Erwachsene“ behandelt werden. Zweitens sei auf dieser Grundlage in Form eines „Teilhabe geldes“ eine neue, steuerfinanzierte Leistung für Kinder zu schaffen, die bisherige familienpolitische Leistungen bündelt und vor allem armen Kindern über wohnortnahe Anlaufstellen unbürokratisch

hilft. Drittens bräuchten Kinder und Familien vor Ort gute Bildungs- und Freizeitangebote und passgenaue Unterstützung.

### **Kommentar**

Sinnvoll wäre ein Mix aus Maßnahmen, der die verschiedenen Ausgangslagen armer oder von Armut bedrohter Familien berücksichtigt. Das beinhaltet sowohl finanzielle Leistungen als auch Entlastungen sowie eine verbesserte Infrastruktur.

Wie die Autoren der Studie strebt die Caritas an, das Kindergeld, die SGB-II- Regelleistungen und den Kinderzuschlag in einem einheitlichen, unbürokratischen Transfersystem zusammenzuführen. Die Bundesparteien CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die Sondierungsgespräche geführt haben, hatten in ihren Wahlprogrammen zumindest angekündigt, die bisherigen familienbezogenen Leistungen grundsätzlich stärker bündeln zu wollen.

Insbesondere folgende Fragen sollten bei der Sondierung erörtert werden:

- die Einführung einer Kindergrundsicherung
- die Anhebung des Kinderfreibetrags
- die Neuberechnung und Anhebung des Kinderregelsatzes
- die Ausweitung des Kinderzuschlags
- die Erhöhung des Kindergeldes
- die Reform des Bildung- und Teilhabepakts

Aufgrund des Scheiterns der sogenannten „Jamaika-Koalition“ ist eine rasche Behandlung dieser Anliegen nun erneut ungewiss. Die Wohlfahrtsverbände sollten daher mit umso mehr Nachdruck eine Bekämpfung von (Kinder-)Armut anmahnen.

Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, also einer Überalterung der Gesellschaft mit steigenden Gesundheits- und Pflegekosten vor allem für jüngere Mitglieder, sind Mütter und Väter mit Erziehungsverantwortung auch steuerlich zu entlasten. Das könnte durch Einführung eines Familiensplittings erreicht werden, welches erstmals die Kinderzahl berücksichtigt. Einelternfamilien sollten, bei Zugrundelegung des aktuellen Steuersystems, einen höheren Entlastungsbetrag erhalten, der an den Grundfreibetrag gekoppelt und regelmäßig anzupassen wäre. Bei Familien mit Migrationshintergrund sind die Zugänge zum Arbeitsmarkt zu verbessern, was insbesondere für Mütter vordringlich ist.

Hinzu kommt die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Kinderbetreuung und Pflege. Dazu zählt neben flexibleren Arbeitszeitarrangements auch die überfällige Einführung eines Betreuungsanspruchs für Grundschüler(innen), die den bestehenden Rechtsanspruch der ein- bis sechsjährigen Kinder sinnvoll ergänzen würde.

Freiburg, 29/11/2017 - Sandrine De Vita, Infoservice 06/2017

Wollen Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten, dann klicken Sie bitte [hier](#).

Herausgeber:  
Referat Kinder, Jugend, Familie, Generationen  
Deutscher Caritasverband e.V.  
Karlstraße 40, 79104 Freiburg

